

## Riesige Beitragsaußenstände bei den Kassen

# Jetzt kommt der Zoll zum Kassieren

**GKV-Versicherten mit Beitragsschulden sitzt immer öfter der Vollstrecker im Nacken. Die Zahl säumiger Schuldner ist sprunghaft gestiegen. Reformvorschläge zugunsten der Betroffenen liegen auf dem Tisch.**

— Die gesetzlichen Krankenkassen lassen immer häufiger ausstehende Beiträge eintreiben. Die Zahl entsprechender Fälle hat sich 2011 deutlich erhöht. Für Verbraucherschützer sind die Schulden vieler Versicherter bei ihren Krankenkassen ein soziales Problem. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert Erleichterungen für die vielfach betroffenen Kleinselbstständigen.

Die bundesweit tätigen Krankenkassen haben 2011 nicht gezahlte Beiträge in rund 1,6 Millionen Fällen zur Vollstreckung an die zuständigen Hauptzollämter übermittelt, teilte das Bundesfinanzministerium der Nachrichtenagentur dpa in Berlin auf Anfrage mit. Im Jahr 2010 waren es noch 1,3 Millionen Fälle. Der dem Finanzressort unterstehende Zoll ist als Inkassostelle des Bundes und anderer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen dafür zuständig.

### Immer mehr Nichtzahler

In der GKV gibt es nach den jüngsten Zahlen vom Februar einen Rückstand von 1,53 Milliarden Euro. Seit dem Stand von 1,04 Milliarden Euro ein Jahr zuvor war er kontinuierlich größer geworden. Die Zahl der Nichtzahler war gestiegen, nachdem die Versicherungspflicht eingeführt wurde – 2007 für die GKV, 2009 für die PKV. Zuvor hatte ein Anstieg bei den Bürgern ohne jede Krankenversicherung die Politik in Alarmstimmung versetzt.

Die Expertin für Krankenversicherte in Finanznot der Verbraucherzentrale Berlin, Dörte Elß, sagte der dpa: „Schulden von einigen tausend Euro kommen häufig vor.“ Die Verschuldung bei der



Krankenkasse könne auch Ursache für eine Privatinsolvenz sein. „Wir brauchen bezahlbaren Krankenversicherungsschutz“, forderte Elß. „Etwa bei Kleinselbstständigen haben wir hier ein echtes gesellschaftliches Problem.“

### Probleme mit den Selbstständigen

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach sagte der dpa: „Selbstständige sollten, wie Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmer auch, Beiträge nach ihren tatsächlichen Einkünften zahlen.“ Heute gelten pauschale Mindestbeiträge für Selbstständige, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind.

Für die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Birgitt Bender, steckt hinter dem Problem ein grundsätzlicher Systemfehler der Krankenversicherung in Deutschland.

„Mindestbeiträge und Zugangsbeschränkungen für Selbstständige in der GKV sind der Preis für die Zerteilung unseres Krankenversicherungssystems.“ Würden sie abgeschafft, würden Selbstständige mit geringen Einkommen und hohen Krankheitsrisiken sich durch die Bank für die GKV entscheiden, alle anderen weiter für die private Krankenversicherung (PKV). Bender warb dafür, alle Selbstständigen in die GKV einzubeziehen.

DPA ■

## PKV wächst gegen den Mainstream

— Die Private Krankenversicherung (PKV) hat sich gegen Schwanengesänge gewehrt, sie sei ein Auslaufmodell. Tatsache ist: Ihr Marktanteil steigt auf Kosten der GKV. Darauf verwies Volker Leienbach, Direktor des PKV-Verbandes, in Berlin.

Kritiker warnen davor, dass steigende Beiträge für die privaten Policen die Versicherten überfordern könnten. „Ein Versicherter der PKV zahlt auf den gesamten Lebenszyklus gerechnet wahrscheinlich mehr als ein Versicherter der gesetzlichen Krankenversicherung“, räumte Leienbach ein.

Spekulationen, die PKV sei somit selbst für Besserverdiener zu teuer, wies er zurück. Die Beitragssteigerung in den letzten Jahren sei mit 3,3% moderat, so Leienbach. Zum Vergleich: In der GKV lag die Steigerung bei 3,1%.

Aus Sicht der Linkspartei täuschen diese Durchschnittswerte darüber hinweg, dass sich die Erhöhungen über die gesamte Vertragslaufzeit kumulieren. Die Beiträge seien von 2000 bis 2010 um 74,6% gestiegen. „Die PKV kalkuliert am Reißbrett, um Marktanteile zu gewinnen“, so Linken-Politiker Harald Weinberg.

SUN ■